



Chemnitz, den 12. März 2024

Projekt ¡BIENVENIDOS! Community-building für Geflüchtete aus Venezuela

Inhalt dieses Newsletters:

Projektstart und Auftaktveranstaltungen	2
Blick nach Venezuela	3
Spotlight: Abschiebungen nach Venezuela	5
Veranstaltungshinweise	6

Das Projekt ¡BIENVENIDOS! wird gefördert durch den Freistaat Sachsen im Rahmen der Richtlinie „Integrative Maßnahmen“ sowie durch die UNO-Flüchtlingshilfe e.V.

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Gefördert durch
STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT



Liebe Leserinnen und
Leser,

herzlich willkommen zur ersten Ausgabe unseres Newsletters im Projekt ¡BIENVENIDOS! des Sächsischen Flüchtlingsrats e.V. Hier informieren wir Sie in regelmäßigen Abständen über unsere verschiedenen Aktivitäten und Neuigkeiten im Projekt. Unser Newsletter ist auf deutsch oder spanisch abonnierbar. In der deutschen Version setzen wir einen stärkeren Fokus auf aktuelle Länderinformationen zu Venezuela, während wir in der spanischen Version vorrangig Informationen, welche für die venezolanische Community selbst von Interesse sind, wie aktuelle Änderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht, in den Vordergrund stellen. Sie können Ihren bevorzugten Newsletter oder auch beide jederzeit per Mail an bienvenidos@sfrev.de abonnieren.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Sebastian Lupke
Projektkoordination



Projektstart und Auftaktveranstaltungen

Am 1. März ist unser neues Empowerment-Projekt **¡BIENVENIDOS!** (spanisch für „Willkommen“) offiziell gestartet! Ziel des Projekts ist die Unterstützung der immer weiter anwachsenden Gruppe venezolanischer und anderer spanischsprachiger Migrant:innen in Sachsen und die Herausbildung, Aktivierung und Stärkung lokaler migrantischer Communities. Mit einem Maßnahmenbündel aus niedrigschwelligen



Schulungsveranstaltungen insbesondere auch in den ländlichen Regionen im Raum Südwestsachsen, der Erstellung von Informationsmaterialien und anderen Aktivitäten, sollen venezolanische Communities den notwendigen Wissensschatz erwerben, um ihre lokalen Gemeinschaften sowie neu zuziehende Personen besser und nachhaltig bei Integrationsprozessen zu unterstützen. Darüber hinaus möchte das Projekt auch innerhalb der Sächsischen Bevölkerung, Behörden und Vereinen die Wissensbasis zu Venezuela und den vielfältigen Gründen für den venezolanischen Exodus erweitern. Dazu wollen wir insbesondere mit diesem regelmäßigen Newsletter einen Beitrag leisten.

Am 07. sowie 11. März fanden bereits zwei erste spanischsprachige Auftaktveranstaltungen statt, einmal in Chemnitz (Foto) und einmal per Onlinekonferenz für jene, die nicht in Präsenz teilnehmen konnten. Vor insgesamt 24 Mitgliedern der venezolanischen Community stellten wir das neue Projekt vor und diskutierten gemeinsam mögliche Aktivitäten. Die Wünsche der Community bestanden unter anderem darin, mehr Informationen über den Zugang zu Deutschkursen oder Handreichungen zum Ausfüllen behördlicher Formulare zu erhalten. Auch der Zugang zu Freizeitaktivitäten in Sportvereinen oder Tanzgruppen war ein wichtiges Thema, um die eigene Integration voranzutreiben und Kontakte zur Bevölkerung zu knüpfen. Nicht zuletzt bestand großes Interesse darin, mehr über die aktuellen Gesetzesänderungen im Bereich des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes zu erfahren – hierzu veröffentlichen wir einige erste Übersichten bereits in unserem parallel erscheinenden spanischen Newsletter.

Unser Ziel ist es, im Laufe des Jahres 2024 möglichst vielen dieser Wünsche und Bedarfe nachzukommen. Wir freuen uns jederzeit über weitere Anregungen aus der Community!



An unserem Bürostandort in Chemnitz (Henriettenstraße 5, 09112 Chemnitz) werden wir künftig immer Dienstags von 10:00 bis 16:00 Uhr eine spanische Sprechzeit anbieten sowie eine wöchentliche Telefonsprechzeit immer Montags von 13:00 bis 16:00 Uhr unter der Rufnummer +49 371 90 31 33. Außerdem sind wir auch per Mail unter bienvenidos@sfrev.de erreichbar.

Blick nach Venezuela

An dieser Stelle berichten wir in jedem Newsletter über aktuelle Entwicklungen zur politischen, humanitären und menschenrechtlichen Situation in Venezuela. Wir nehmen insbesondere Informationen und Berichte mit auf, die zur Einschätzung der Bedrohungssituation in den Asylverfahren venezolanischer Staatsangehöriger von Bedeutung sein könnten. Unsere Auswahl erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Nach langer Unklarheit über das Datum der für dieses Jahr angekündigten **Präsidentenschaftswahlen** hat der Vorsitzende des Nationalen Wahlkomitees nun den 28. Juli als Wahltag bekanntgegeben. Amtsinhaber Nicolás Maduro wird erwartungsgemäß erneut kandidieren. Bislang gibt es jedoch kaum Hoffnung darauf, dass es sich um eine freie und faire Wahl handeln wird. Die gegenwärtig beliebteste Oppositionspolitikerin **María Corina Machado**, welche die Vorwahlen der Opposition mit großem Abstand gewonnen hat, darf nicht zur Präsidentschaftswahl antreten. Kurz nach Bekanntgabe ihrer Kandidatur wurden strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet, aufgrund derer sie für die Dauer von 15 Jahren von der Übernahme politischer Ämter ausgeschlossen wurde. Zahlreiche internationale Beobachter:innen betrachten diesen Ausschluss als politisch motiviert, da Machado verschiedenen Umfragen zufolge Amtsinhaber Maduro in einer fairen Wahl klar besiegen würde.

Quelle: [Reuters](#) vom 06.03.2024 (eng.)

Im Vorfeld dieser anstehenden Wahlen ist spätestens seit dem Jahreswechsel 2024 ein deutlicher Anstieg willkürlicher und offensichtlich **politisch motivierter Inhaftierungen** festzustellen, der sich insbesondere gegen Akteure der Zivilgesellschaft richtet. So wurde am 17. Januar Víctor Venegas, Vorsitzender einer Lehrgewerkschaft im Bundesstaat Barinas, von Einsatzkräften des Geheimdienstes SEBIN inhaftiert, wenige Tage später am 23. Januar wurden Guillermo López, Luis Camacaro und Juan Freites, drei Regionalkoordinatoren der Oppositionspartei „Vente Venezuela“, verhaftet. In allen Fällen blieben die Opfer zunächst „verschwunden“ und weder Angehörige noch Rechtsbeistände wurden über ihren Verbleib informiert; später wurden sie aufgrund von „Verschwörung“ gegen den Präsidenten sowie „Aufstachelung zum Hass“ angeklagt.



Vorwürfe wie diese wurden in der Vergangenheit regelmäßig verwendet, um gegen Regierungskritiker:innen vorzugehen.

Quellen: [Efecto Cocuyo](#) vom 17.01.2024 (span.) | [El Pitazo](#) vom 24.01.2024 (span.) | [Reuters](#) vom 26.01.2024 (eng.)

Am 9. Februar wurde anschließend **Rocío San Miguel**, bekannte Menschenrechtsaktivistin und Vorsitzende der NGO „Control Ciudadano“, am Flughafen Caracas verhaftet, als sie soeben das Land verlassen wollte. Auch ihr Verbleib blieb für mehrere Tage lang unbekannt, bevor sie in das berüchtigte Haftzentrum „El Helicoide“ in Caracas überstellt wurde. Gemeinsam mit ihr wurden auch mehrere Familienangehörige, ihre Tochter sowie ihr ehemaliger Lebensgefährte kurzzeitig verhaftet. Amnesty International hat eine Eilaktion zu ihrer sofortigen Freilassung gestartet und berichtet, dass Frau San Miguel der Kontakt mit ihren Rechtsbeiständen verweigert wird.

Quelle: [Amnesty International](#) vom 20.02.2024 (dt.)

Am 15. Februar verwies die venezolanische Regierung außerdem alle Mitarbeiter:innen des **UN-Hochkommissars für Menschenrechte** des Landes und ordnete die Schließung ihres Büros an. Erst wenige Tage zuvor kritisierte das UN-Menschenrechtskommissariat die willkürliche Festnahme und das Verschwindenlassen von Rocío San Miguel und ihrer Familie, woraufhin ihm vonseiten venezolanischer Regierungsbeamter vorgeworfen würde, sie würden ihre Arbeit „nicht neutral und unvoreingenommen“ verrichten. Die Vereinten Nationen verurteilten die Ausweisung ihrer Mitarbeiter:innen.

Quelle: [Vereinte Nationen](#) vom 16.02.2024 (eng.)

Unterdessen bleibt auch die **humanitäre Situation** im Land anhaltend schlecht. Aufgrund des Mangels an medizinischem Equipment im Land verlangen entsprechend von Umfragen rund 90% aller Krankenhäuser Gebühren von ihren Patient:innen, damit diese operiert werden können. Eine nationale Krankenhaus-Umfrage (Encuesta Nacional de Hospitales, ENH) ergab, dass die durchschnittlichen Operationskosten pro Person umgerechnet 81 US-Dollar betragen, was nach gegenwärtigem Umrechnungsstand dem 22-fachen des monatlichen Mindestlohns in Venezuela entspricht. Für einen Großteil der notleidenden Bevölkerung dürfte es damit nicht möglich sein, dringend benötigte Operationen im Land durchführen zu lassen.

Quelle: [Efecto Cocuyo](#) vom 26.02.2024 (span.)



Spotlight: Abschiebungen nach Venezuela

Nachdem im vergangenen Jahr erstmals seit 2019 wieder mehrere Personen aus Sachsen nach Venezuela abgeschoben wurden, hat sich die venezolanische Gemeinschaft in Deutschland am 20. Februar in einem **offenen Brief an die Sächsische Landesregierung** sowie an die Bundesregierung gewandt. In diesem Brief fordert die Gemeinschaft Landes- und Bundesregierung dazu auf, keine weiteren Abschiebungen in den Krisenstaat durchzuführen und verweist auf zahlreiche aktuelle Berichte zur katastrophalen menschenrechtlichen Situation in Venezuela. Unterzeichnet wurde der Brief von allen in Deutschland tätigen venezolanischen Migrant:innenorganisationen, darunter Einheit für Venezuela e.V., Venezolanos en Sajonia e.V., ProVenezuela e.V. Alemania und Venezuela en Baviera e.V., sowie von mehr als 600 Einzelpersonen und dem Sächsischen Flüchtlingsrat e.V.

Quelle: Der komplette offene Brief auf unserer Homepage auf [Deutsch](#) und [Spanisch](#)

Nur wenige Tage später löste die **Abschiebung einer fünfköpfigen venezolanischen Familie aus Riesa** am 22. Februar berechtigte Empörung und Kritik am Sächsischen Innenministerium aus. Die Familie (Eltern und drei minderjährige Kinder) war an ihrem Wohnort als gut integriert bekannt und wurde durch die Abschiebung von den ebenfalls in Sachsen lebenden Großeltern der Kinder getrennt. Dadurch, dass die Abschiebung mitten in der Nacht stattfand, missachtete die Landesregierung auch einen von ihr selbst entworfenen „Rückführungsleitfaden“, der genau solche nächtlichen Abschiebungen untersagt. Das mehr als fragwürdige Vorgehen wurde unter anderem vom Landtagsabgeordneten Frank Richter (SPD) heftig kritisiert.

Quellen: [Freie Presse](#) vom 27.02.2024 (dt., mit Paywall), [Statement Frank Richter](#) vom 24.02.2024 (dt.)

Für viel Aufmerksamkeit sorgte in den vergangenen Wochen auch der Fall von **Heberth Alvarado**, der ebenfalls von einer möglichen Abschiebung nach Venezuela bedroht ist. Gemeinsam mit seiner Familie lebt er in Weißwasser in der sächsischen Oberlausitz und arbeitet als Fleischer im brandenburgischen Spremberg, sein Betrieb setzt sich bereits seit langer Zeit mit Nachdruck für ihn ein. Die Sächsische Härtefallkommission stimmte dafür, ihm und seiner Familie ein Bleiberecht zu gewähren, Innenminister Armin Schuster (CDU) lehnte dieses Gesuch jedoch ab. Darauf angesprochen, erklärte er nach Angaben der Sächsischen Zeitung, dass er hierin keinen Härtefall erkenne. Auch diese Entscheidung ist nicht nur angesichts des Fachkräftemangels, wie von Herrn Alvarados Arbeitgeber mehrfach hervorgehoben, mehr als unverständlich und wurde unter anderem von der Landtagsabgeordneten Juliane Nagel (Die Linke) scharf kritisiert.

Quellen: [Sächsische Zeitung](#) vom 02.03.2024 (dt.), [Statements des Arbeitgebers Fleischerei Kadach](#) u.a. vom 22.02.2024 (dt.), [Statement Juliane Nagel](#) vom 28.02.2024 (dt.)



Zuletzt wurde zunehmend auch in spanischsprachigen und venezolanischen Medien über die gegenwärtigen Abschiebungen aus Deutschland berichtet und unter anderem darauf hingewiesen, dass in der Vergangenheit bereits **Rückkehrende am Flughafen Caracas verhaftet** und unter dem Vorwurf des „Vaterlandsverrats“ strafrechtlich angeklagt wurden. Die Migrationsbewegung aus Venezuela hält unterdessen weiter ungebrochen an, zum Jahresende 2023 hatten schätzungsweise knapp 8 Millionen Menschen das Land verlassen. Das entspricht etwa einem Viertel der ursprünglichen Landesbevölkerung.

Quellen: [Deutsche Welle Español](#) vom 22.02.2024 (span.), [El Pitazo](#) vom 21.02.2024 (span.), [Efecto Cocuyo](#) vom 05.03.2024 (span.)

Der Sächsische Flüchtlingsrat lehnt jegliche Abschiebungen in den Krisenstaat Venezuela ab. Aufgrund anhaltender politischer Unterdrückung und humanitärer Notlage können grundsätzlich alle Rückkehrenden von schweren Menschenrechtsverletzungen betroffen sein.

Veranstaltungshinweise

Kurzentschlossene aus Dresden und Umgebung, die sich zum Thema der Ausbildung informieren wollen, haben noch die Möglichkeit, morgen an einem spanischen Infovortrag teilzunehmen, der von der Caritas in Dresden-Prohlis organisiert wird. Die Referentin Giovanna Felder wird das deutsche System der Ausbildung, Zugangsvoraussetzungen und Wege der Ausbildungsplatzsuche vorstellen und Fragen der Teilnehmenden beantworten. Eine vorherige Anmeldung zur Veranstaltung ist nicht erforderlich.



CHARLA INFORMATIVA ACERCA DE
Ausbildung
Miércoles 13.03.2024
5p.m. - 7p.m.

- ¿Qué es y como funciona una Ausbildung?
- ¿Cómo puedo encontrar una Ausbildung?
- ¿Cuáles requisitos necesito para comenzar una Ausbildung?
- Perspectivas después de realizar una Ausbildung
- Ronda de preguntas e intercambio de experiencias
- Ponente: Giovanna Felder

 Gamigstraße 24,
01239 Dresden

